

# Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresden, Freitag, 15. Februar 1927, abends.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postkonto: Dresden 1580  
Stroße Riesa Nr. 22.

Nr. 88.

Dienstag, 15. Februar 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsstörungen, Beschädigungen der Böden und Materialverluste behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige. Zeitweiser und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Verändertes Maßstab, wenn der Betrag vergrößert, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftige Unterhaltungsbeiträge sind an der Kasse zu zahlen. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises, Rotationsdruck und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Poststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Helmreich, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

## Englische Truppen in Schanghai.

Unter klingendem Spiel, jubelnd begrüßt von den in Schanghai wohnenden englischen Kaufleuten, sind die englischen Truppen, die London vor kurzem nach dem chinesischen Friedensvertrag entsandt, in Schanghai eingetroffen. Ebenso demonstrativ, wie diese ganze Truppenaktion gedacht war, ebenso demonstrativ verließ die erste Abteil, durch die sie in Erscheinung trat. Man bedenke, in demselben Augenblick, daß die Einigungsverhandlungen zwischen London und der chinesischen Regierung abgeschlossen waren, in demselben Augenblick durchziehen die Machtvollkommenheiten der Tommie die Straßen Schanghais, macht die schmetternde Militärmusik englischer Regimenter die chinesische Bevölkerung, daß Großbritannien auf dem Binn erachtet, sich nicht zu dem Zweck, der nach Chamberlains Ansicht bereits vollzogenen Einigung zwischen den beiden Völkern eine feierliche Schlussapotheose zu sein. Und seitdem, fast zur selben Stunde des pompösen Einmarsches der britischen Truppenmacht in Schanghai, erhebt die Weltöffentlichkeit, daß es mit dieser, mit so apodiktischer Bestimmtheit verkündeten Einigung zwischen dem englischen und dem japanischen Völkern und Taten eine sehr laubhafte Bewandnis hat. Erstens lassen die letzten Mitteilungen Chamberlains erkennen, daß das Protokoll der Einigung über die Konzeption Sanktu noch nicht unterzeichnet ist. Zweitens erzählt man aus japanischer Quelle, daß die Regierung in Peking die englische Regierung benachrichtigt habe, irgendwelche Abmachungen über Sanktu bedürften auch einer Ratifizierung durch die Peking Regierung. Schenkt man diesen Nachrichten Glauben, so scheinen in den letzten Tagen in die Verhandlungen zwischen London und den chinesischen Delegierten eher Komplikationen geraten zu sein, als die Möglichkeit eines unmittelbar bevorstehenden Vertragsabschlusses.

Als andere Erscheinungen deuten darauf hin, daß der Optimismus des Herrn Chamberlain zum mindesten etwas verklebt sein dürfte. Wenn auch die nationalpolitischen Gruppen innerhalb des chinesischen Volkes in der letzten Zeit den Verhandlungen mit England gegenüber ein etwas größeres Entgegenkommen zeigen als früher, so fordern sie dennoch auch heute noch kategorisch die Zurückziehung der sämtlichen bisher mobilisierten englischen Truppen auf einen Punkt westlich von Singapur. Eine Forderung, die die Spannung zwischen England und China nicht mildern dürfte, da die englische Regierung bereits mit hinreichender Deutlichkeit zu erkennen gegeben hat, daß sie Forderungen, die mit irgend welchen militärischen Operationsplänen ihrer Truppenmacht in China zusammenhängen, niemals akzeptieren wird. Noch schwerwiegender auf die Gestaltung der Lage in China dürfte sich der Plan eines neuen Vorkaufs in Donatung auswirken. Auch die Nachrichten, die über die nächsten Pläne Chiangkaifolins klingen, sprechen dafür, daß die ganze Situation im Süden Chinas noch verwickelter wird. Man hört, daß Chiangkaifolin, unbekümmert um die Opposition Wupelins, große Truppenbewegungen nach Süden in die Wege leitet, offenbar mit dem Ziel, Sanktu militärisch zu besetzen. Zwar hat Chiangkaifolin durch wiederholte Rundgebungen erklären lassen, daß er sich niemals mit der radikalen Kommittee verständigen werde. Aber seine politischen Mitarbeiter arbeiten energisch für ein Kompromiß mit den Nationalisten des Südens, mit der sehr feindseligen Bearbeitung, daß die antibritischen Tendenzen beider Parteiengruppen gemeinsam seien. Nicht man all diese Tatsachen in Rechnung, so läßt es recht schwer daran zu glauben, daß das Ende des englisch-chinesischen Konfliktes so nahe vor der Tür steht, wie Herr Chamberlain es gerne glaubhaft machen will.

Der englische Paradedeinmarsch findet zudem in Genf ein Echo, das die Befürchtungen über das Jüngere der Krise in China nur verstärkt. Herr Lloyd, der chinesische Vertreter im Völkerbund, hat die Presse eine Erklärung gegeben, in der er im Namen des gesamten chinesischen Volkes gegen die Entsendung der 30000 englischen Soldaten, Unteroffiziere und Militärflugzeugen nach Schanghai auf das energischste protestiert. Man beachte den Schlupfwinkel dieser chinesischen Protesterklärung: „Im Völkerbund vertreten wir ganz China, sowohl den Norden, als auch den Süden. Im Augenblick, wo es sich um die auswärtige Politik handelt, sind alle Chinesen eins, wenn auch in der Innenpolitik Meinungsverschiedenheiten bestehen.“ Also Einigung gegen England im chinesischen Volk, selbst und auch Einigung gegen England in der auswärtigen Politik, die das chinesische Volk auf dem Boden des Völkerbundes betreibt. Diese Einigung ist Lausache. Aber sie dürfte wenig mit der „Einigung“ zu tun haben, die Herr Chamberlain zur Beruhigung der Weltöffentlichkeit als vorzügliche Tatsache verkündet.

## Schweres Eisenbahnunglück bei Gull.

London. In der Nähe von Gull sind zwei Personenzüge zusammengestoßen. Acht Personen wurden verletzt und zahlreiche verwundet.

Das Eisenbahnunglück bei Gull ist darauf zurückzuführen, daß der von Wiltshire kommende, größtenteils mit Angehörigen und Schülern besetzte Zug kurz vor Gull mit dem ausfahrenden Schnellzug nach Scarborough zusammenstieß. Die Verletzten wurden in ein gegenüber der Unfallstelle gelegenes Krankenhaus gebracht. Unter den Toten und Verletzten sollen sich mehrere Eisenbahnbeamte befinden.

## Neuer Vorschlag Coolidges in Aussicht.

Berlin. Die aus Washington berichtet wird, will Coolidge für den Fall, daß Frankreich und Italien in ihrer ablehnenden Haltung verharren, an Stelle einer allgemeinen Dreimächtekonferenz, Amerika, England und Japan vorschlagen, die voraussichtlich in Washington stattfinden und sich ausschließlich auf die Marineverhältnisse beschränken würde. Sowohl England als Japan haben hierfür ihre Mitarbeit zugesichert.

### Französische Denunziation.

Paris. Dem Interview Concours durch den Vertreter des „Peit Parisien“ entnimmt die Telegraphen-Union noch folgende Einzelheiten. Concours erklärte: Seit langem beschäftigte sich eine Kommission des Völkerbundes mit dem allgemeinen Problem der Abrüstung, und ihr Aufgabengebiet sei sogar größer als das der von Coolidge vorgeschlagenen Konferenz. Damit der Völkerbund Frankreich habe die These der Zusammengehörigkeit der Abrüstung zu Lande, Wasser und in der Luft über die amerikanische Opposition gestellt. Eine Flottenabrüstungskonferenz würde nur dann berechtigt sein, wenn man der Völkerbunds-Kommission den Vorwurf machen könnte, zu seinem Ergebnis zu kommen. Da die Vereinigten Staaten in Genf einen Vertreter haben, der an den Kommissionsarbeiten teilnimmt, wäre es ihnen ein Leichtes gewesen, den anderen Mächten ihren Abrüstungsplan zu unterbreiten.

Vertinax' Kritik „Sind wir von einer Flottierung bedroht?“ im Echo de Paris“ enthält ebenfalls eine scharfe Kritik des Memorandums von Coolidge. Er meint, man dürfe nicht, wie Vertinax, behaupten, daß die Lebensinteressen Frankreichs bedroht. Das Memorandum Coolidges treffe direkt oder indirekt die vier Hauptthesen, die die französischen Völkerbundsdelegierten auf der Abrüstungskonferenz vertreten, nämlich die Thesen des Kriegspotentials, des Zusammenhanges zwischen Landsee und Flotte, der Verwendung der U-Boote und Flugzeuge und der Methoden zur Erlangung der gerechten Flottenabrüstung. Die französische Auffassung von dem Gebrauch der U-Boote und

Flugzeuge würde auf einer Konferenz zu Tausenden weit mehr mitbedacht werden als auf einer Konferenz zu 14 oder 15. Die französischen Thesen seien nicht vage, sondern zeichneten in einem Geiste größter Präzision die anglo-amerikanischen Mächte und Zweiherrigkeit zur See eine Grenze vor. Leider sei zu fürchten, daß Italien sich auf die Seite der Zweiherrigkeit schlage. Die Prüfung der Vorschläge zeigt, daß Frankreich Gefahr laufe, heute ebenso isoliert zu werden, wie es vor Jahren auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz gewesen sei. Briand mache Miene, zur Beschließung keine Zusage zu nehmen und erst die anderen ihre Meinung bekunden zu lassen. Aber die französische Politik müsse sich erklären, ohne länger zu warten.

### Admiral Scheer

### über Coolidges neuen Abrüstungsvorschlag.

New York. Der Berliner Korrespondent des „International News Service“ teilt seinen Lesern eine Neuherausgabe des Admirals Scheer über den neuen Vorschlag des Präsidenten Coolidge an einer Flottenabrüstungskonferenz in Genf.

Admiral Scheer führte u. a. aus: Die erste Washingtoner Konferenz habe nur halbe Arbeit geleistet, weil sie nur den Bau von Großkampfschiffen beschränkt habe. Das Beträgen sei daher auf den Bau von Kreuzern und U-Booten übergegangen, da diese Waffen im Handelskrieg besonders viel Erfolg versprochen. Eine Vereinbarung über den Kreuzerbau sei schwierig, weil wirtschaftlich verlangt werde, daß die Zahl der Kreuzer der Größe der Handelsflotte angepaßt sein müsse. Wenn Coolidge mit seinem Vorschlag mehr wolle, als Geldersparnis erzielen, so dürfe nicht wieder ein Loch zur Umklekabine offen bleiben. Criparrisse in der Seerüstung seien nutzlos, so lange die Landrüstung nach Belieben hochgehalten werde. Eine Einschränkung der Seerüstung sei erst erreichbar, wenn das Völkerrecht völligen Schutz des Privateigentums auf See gewähre. Die Nichtbeteiligung Deutschlands an der vorgeschlagenen Konferenz werde zeigen, daß der Welt ernsthafte Völkerverbündung sich noch nicht durchgerungen habe.

## Minister Dr. Müller über die politische Lage.

Dresden. Reichsinnenminister a. D. Dr. Müller verbreitete sich am Sonntag im Dresdner Verein der Deutschen Demokratischen Partei über aktuelle Fragen der Reichspolitik. Er betonte besonders die Notwendigkeit einer größeren Kontinuität der Außenpolitik und der Energie. Leider sei das Kabinett der Mitte ohne zwingenden Grund gestürzt worden. Der Reichstag habe das Kabinett gestürzt und sei dann auf 5 Wochen in die Ferien gegangen; ein solches Verhalten sei geeignet, den Parlamentarismus in schwersten Mitleid zu bringen. Es gehe nicht an, daß die gesetzgeberischen Arbeiten einer Regierung jeden Augenblick durch eine Regierungskrise unterbrochen und wertlos gemacht werden könnten. Es empfehle sich die Annahme einer Bestimmung, wonach eine neue Regierung einmal bei ihrem Amtsantritt und dann in jedem Jahre einmal bei der Beratung des Haushaltsplanes das Vertrauen des Parlaments zu fordern habe und durch ein solches Mehrheitsbeschluss gestützt werden kann. Für alle Ministeranträge müsse eine Zweidrittelmehrheit verlangt werden.

Minister Müller gina auf eine Reihe von gesetzgeberischen Arbeiten ein, die in seinem Reform durchgeführt oder vorbereitet worden sind. Das vielbespöchtigte Jugendgesetz sei auf einmütiges Verlangen der Gesamtorganisation der Jugendverbände, auch der sozialdemokratischen, vorgelegt worden. Es entspreche im übrigen der Forderung des Artikels 118 der Reichsverfassung.

## Über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

### Bericht eines amerikanischen Finanzmannes.

New York. Der Präsident der First National Bank von Los Angeles Henry Robinson, einer der Mitarbeiter am Dawesplan, hat dem Nationalen Rat für ausländischen Handel einen längeren Bericht über die Frage: „Kann Deutschland seine Reparationszahlungen aufrechterhalten?“ unterbreitet.

Robinson vertritt in diesem Bericht die Ansicht, Deutschland könne den vollen Betrag seiner Reparationszahlungen leisten und dabei doch wirtschaftlich gedeihen. Im Jahre 1914 habe Deutschland für die Aufrechterhaltung seines Militärmens beträchtlich höhere Kosten zu tragen gehabt, als sie für die Reparationen erforderlich seien. Das jährliche Einkommen Deutschlands betrage etwa 14 Milliarden oder mehr als das Zwanzigfache der Reparationszahlungen. In die Sprache der Arbeit überlegt könnten die Reparationszahlungen der Leistung von etwas über 2 Arbeitsstunden wöchentlich für jeden deutschen Arbeiter gleichgesetzt werden. Es könne sein, daß in den Finanzkreisen gewisser europäischer Länder der Wunsch der Vater des Gedankens sei, wenn man sich gefalle, von der Unsicherheit der wirtschaftlichen Lage Deutschlands zu sprechen. Es sei aber erkennbar, wenn Dollars und Wirtschaftler in den Vereinigten Staaten vor „Anstich“ Ausdruck gäben, daß eine Revision des Dawesplanes

erfolgen müsse. Die gegenwärtige Haltung der deutschen Wirtschaftsführer biete keinen Grund für einen Zweifel hinsichtlich der Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

## Protest gegen die polnische Regierung.

Der Protest des deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen den Schultenscheid der polnischen Regierung dem Völkerbund übermittelt.

Genf, 14. Februar. Der vom händigen polnischen Delegierten beim Völkerbund, Sokol, heute im Namen der polnischen Regierung dem Völkerbund übergebene Protest des deutschen Volksbundes in Oberschlesien gegen die Schultenscheidung der polnischen Regierung richtet sich gegen die Beschluß der polnischen Regierung, der die Entscheidung des Präsidenten der gemischten Kommission in Oberschlesien, Gollander, über die Zulassung zu den deutschen Schulen ablehnt. Gemäß den Bestimmungen der deutsch-polnischen Minderheitskonvention ist der Protest dem Völkerbund zunächst an das Minderheitsamt in Katowitz gefandt worden, das den Protest der polnischen Regierung zur Stellungnahme weitergeleitet hat. Die polnische Regierung übermittelte nunmehr mit einem Schreiben den Protest dem Völkerbund. In dem Begleitschreiben behält sich die polnische Regierung ausdrücklich vor, zu dem Protest Stellung zu nehmen. Gemäß Artikel 149 und 156 der deutsch-polnischen Minderheitskonvention muß der Protest dem Völkerbundsamt unmittelbar auf die Tagungsordnung der nächsten Sitzung des Völkerbundsrats, der bekanntlich am 7. März hier zusammentritt.

## Erdbeben in der Herzegowina.

Belgrad. Gestern früh gegen 5 Uhr wurde hier ein heftiges Erdbeben verspürt, dessen Herd in der Nähe von Stolac (Herzegowina) zu suchen ist. Nach eingelaufenen Meldungen soll das Erdbeben beträchtlichen Schaden und auch Opfer an Menschenleben verursacht haben.

Über das Erdbeben in Jugoslawien wird der Tagespost aus Agram berichtet, daß besonders die Herzegowina schwer betroffen worden ist. In Kofar sind zahlreiche Häuser eingestürzt; die dortige Tabakfabrik wurde bis auf die Grundmauern zerstört. In Metkovic (Dalmatien) wurden u. a. das Stationsgebäude und das Postamt zerstört. In der Gegend des Arvielfeldes bildete sich eine Erdscholle, in der Häuser verschwanden. Eine große Anzahl Menschen ist ums Leben gekommen. Bei Zerkowo ist ein Bergwerk eingestürzt, durch den zehn Arbeiter verunglückt wurden. Anzahl Personen fanden hierbei den Tod. In der Stadt, wo viele Gebäude schweren Schaden erlitten, kam es zu panikartigen Vorgängen. In Belgrad sind zahlreiche Eisenbahnen eingestürzt. In das Erdbebengebiet wurde Militär entsandt. Die seismographischen Apparate von Agram, Zerkowo und Kofar verzeichneten in 27 Minuten 19 Erdstöße. Infolge der heftigen Anschläge wurden die Apparate beschädigt.